Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unst. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 327. **Donnerstag** den 22. November 1888. **82. Jahrgang.**

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Freitag, den 23. November, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der **Vorbereitungsgottesdienst** für den zweiten diesjährigen **Bußtag** findet **Donnerstag, den 22. laufenden Monats, Abends 6 Uhr,** in der St. Matthäikirche statt.

Leipzig, den 13. November 1888.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. Der Rath der Stadt Leipzig.
Bank. Dr. Georgi. Nr.

Bekanntmachung.

Auf höhere Anordnung wird, nachdem das Landes-Medicinal-Collegium sich gutachtlich dahin geäußert hat, daß durch Hypnotisirung für die diesem Vorgang unterworfenen Personen in verschiedenen Richtungen Nachtheile und Gefahren, insbesondere auch erhebliche Gesundheitsschädigungen erwachsen können, hierdurch verfügt, daß in Zukunft auch in hiesiger Stadt die Veranstaltung öffentlicher hypnotischer Vorstellungen verboten ist.

Zuwiderhandelnde werden mit Geldstrafe bis zu 150 ℳ oder entsprechender Haft bestraft.

Leipzig, am 10. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
VIII. 2177. Dr. Georgi. Dr. Kruppendorff.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter günstigen Bedingungen.
Leipzig, den 14. Januar 1888.
Die Sparcassen-Deputation.

Bekanntmachung,

die Auslosung Leipziger Stadtschuldscheine betr.

Die Auslosung von 12 300 ℳ Capital der Anleihe vom 2. Januar 1865 (Theateranleihe) und von 37 600 ℳ Capital der Anleihe vom 4. September 1876 soll

den 3. December d. J.,

Vormittags um 10½ Uhr, im Stadthause, Obstmarkt Nr. 3, Zimmer Nr. 111, öffentlich erfolgen.

Leipzig, den 20. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. C. Schulze.

Bekanntmachung.

Am heutigen Tage haben wir auch Herrn Schänkwirth **Wetzig,** Dösener Weg 1, den Verkauf von Quittungszetteln über Entrichtung der Gebühr für die Benutzung der öffentlichen Schuttablageplätze übertragen, was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Leipzig, am 17. November 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
1b. 4599. Dr. Georgi. Dr. Kretzschmar.

Bekanntmachung,

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendler'sche Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche für Ostern 1889 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflegebefohlenen in die Wendler'sche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder **Donnerstag, den 22. d. M., 2 Uhr** oder **Montag, den 26. d. M., 2 Uhr** in der **Freischule, Zöllnerstraße 3,** persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfschein des Kindes vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche Ostern 1889 schulpflichtig werden. Kinder, welche schon Schulunterricht genossen haben, können nur, sowern Raum noch vorhanden ist, in eine obere Classe der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, 17. November 1888.

Das Directorium der Wendler'schen Stiftung.

Bekanntmachung.

Von der Gemeinde Lindenau sollen zu Neujahr 1889 4 neue Schutzmannsstellen

mit einem Anfangsgehalte von 810 ℳ und 60 ℳ Bekleidungsgeld zur Besetzung gelangen.

Nach empfehlener Dienstzeit und befriedigenden Leistungen erfolgt die Aufrückung in die höhere Gehaltsclasse von 900 ℳ, von der alle 3 Jahre der Genuß einer Dienstzulage von 60 ℳ bis zu 1080 ℳ eintritt.

Die anfängliche Einstellung in eine der höheren Classen ist bei solchen nicht ausgeschlossen, welche sub. lit. bereits im Polizeidienst thätig sind.

Bewerber, welche erweislich gesund sein müssen und bei der Armee mindestens die Stellung eines Unterofficiers bekleidet haben, werden aufgefordert, Gesuche und Zeugnisse bis zum

30. November dieses Jahres

bei dem unterzeichneten Gemeindevorstande einzureichen.

Lindenau, am 16. November 1888.

Der Gemeindevorstand.
Lucé.

Nichtamtlicher Theil.

Die Blockade der ostafrikanischen Küste.

Die Erklärungen, welche Salisbury im englischen Oberhause und Goblet in der französischen Abgeordnetenkammer über die Blockade der ostafrikanischen Küste abgegeben haben, lassen erkennen, daß es der englischen und französischen Regierung nicht sowohl um Verhinderung des afrikanischen Sclavenhandels und der Waffeneinfuhr für die aufständischen Araber, als darum zu thun ist, Deutschland bei Verfolgung seiner Ziele nur so weit zu unterstützen, wie aus Rücksichten des internationalen Anstandes unumgänglich nothwendig ist. Der englische Premierminister steht auf einem weit unbefangeneren Standpuncte bei Beurtheilung der Sachlage als das englische Parlament. Er hat sich nach Kenntnißnahme von dem Schreiben, welches der deutsche Botschafter Graf Hatzfeldt unter dem 3. November an ihn richtete, lediglich die Frage vorgelegt, ob die Sachlage an der ostafrikanischen Küste ein energisches Vorgehen gegen die arabischen Sclavenhändler rechtfertige, und ob England als Urheber und Hauptvorkämpfer des Gedankens, den afrikanischen Sclavenhandel zu unterdrücken, die Verpflichtung habe, an den Schritten theilzunehmen, welche die deutsche Regierung gegen die arabischen Sclavenhändler beabsichtigt.

Lord Salisbury hat beide Fragen bejaht und danach seine Antwort vom 5. November abgefaßt, aber damit nicht den Anklang beim englischen Parlament gefunden, welchen er erwartet hatte. Der erste Einwand, der ihm entgegentrat, bezog sich auf die Stellung, welche England dem Sclavenhandel zu Lande gegenüber einnehmen werde. Diesen Einwand konnte Lord Salisbury einfach durch den Hinweis auf das Abkommen mit Deutschland entkräften, demzufolge die englische Regierung nur die Theilnahme an der Blockade der ostafrikanischen Küste zugesagt habe.

Aber der englische Premierminister hatte auch das Entgegenkommen der französischen Regierung zu günstig beurtheilt, da er die Antwort Goblet's dahin gedeutet hatte, daß Frankreich sich an der Blockade betheiligen wolle, während Goblet nur zugesagt hatte, ein Schiff an die ostafrikanische Küste zu senden, um zu verhindern, daß dort Sclavenhandel unter französischer Flagge getrieben werde. Solche subtile Unterscheidungen, solch dürftiges Innehalten einer bestimmten auf das Aeußerste beschränkten Grenzlinie erweckt kein günstiges Vorurtheil für die Art der Ausübung der Blockade der ostafrikanischen Küste. Nach dem Wunsche des englischen Parlaments soll die Blockade nicht dazu dienen, der deutschen Schutzherrschaft über das Gebiet der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft Festigkeit zu gewähren, sondern nur den Sclavenhandel zu verhindern. Maßregeln gegen die Waffeneinfuhr sind einem großen Theil der Engländer ebenso antipathisch, wie den Franzosen die Durchsuchung von Schiffen unter französischer Flagge nach Sclaven, der Kampf mit den arabischen Sclavenhändlern zu Lande soll nach dem Wunsche des englischen Parlaments Volk zwischen diesen und den Deutschen allein ausgefochten werden. Zu diesem Zweck ist auch der Beginn der Blockade um eine Woche hinausgeschoben worden.

Nun liegt aber die Sache so, daß die englische Interessensphäre an der ostafrikanischen Küste genau unter denselben Mißständen zu leiden hat, wie die deutsche; in Mombassa wüthet ebenfalls der Kampf zwischen Arabern und Engländern, und die Gefahren, welche den englischen Missionären auf dem Festlande von Ostafrika drohen, sind die gleichen, wie diejenigen, welchen heute alle Europäer christlichen Glaubens dort ausgesetzt sind. Die Engländer möchten gern die irrthümliche Auffassung festhalten, daß die englische Nation in Ostafrika mit anderem Maße gemessen wird wie die deutsche, weil jene es besser verstehen, mit den Eingeborenen umzugehen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die arabischen Sclavenhändler von dieser künstlichen Unterscheidung nichts wissen wollen, sondern daß sie sich an die Thatsachen halten. Die Engländer nehmen für sich in Anspruch, daß sie die Eingeborenen nur regieren, aber nicht unterdrücken wollen, während die in der Colonisation weniger geübten Deutschen in der Unterdrückung der Neger ihre eigentliche Aufgabe erblicken. Die Verhältnisse in Indien geben die beste Antwort auf die englische Unterscheidung; der Aufstand des Jahres 1857 war der Aufschrei einer gepeinigten Bevölkerung gegen ihre Unterdrücker, aber nicht etwa die Auflehnung verführter Schützlinge gegen ihre Wohlthäter. Oder zeugt vielleicht das Vorgehen der Engländer gegen Egypten im Jahre 1882, welches mit der Beschießung und theilweisen Zerstörung der blühenden Handelsstadt Alexandrien begann, für die menschenfreundlichen Absichten Englands? Ueberall, wo die Engländer in überseeischen Ländern Fuß gefaßt haben, ist es ihnen schnell gelungen, sich gründlich verhaßt zu machen. Es soll nicht in Abrede gestellt werden, daß die Theilnahme der Engländer an der Blockade der ostafrikanischen Küste uns willkommen ist, aber es wäre ein Irrthum, wenn man glauben wollte, daß die Blockade Deutschland allein zu Gute käme, die Engländer erhalten ihren vollen Antheil an den Wirkungen derselben.

Die Frage, wem die Hauptschuld an den gegenwärtigen Zuständen in Ostafrika zufällt, ist unbedenklich dahin zu beantworten, daß die Engländer in erster Linie dafür verantwortlich zu machen sind. Das egyptische Unternehmen hat zuerst den Gegensatz zwischen Europäern und Afrikanern, zwischen Christen und Mohammedanern zur Erscheinung und thatsächlichen Geltung gebracht, und der Feldzug der Mahdisten ging von dem Grundgedanken aus, die Mohammedaner zu Herren Afrikas zu machen. Der Kampf, der gegenwärtig um Suakim entbrannt ist, wird von der englischen Regierung ernst genommen, ernster als die Vorgänge an der Küste von Zanzibar. Den Grund hat Lord Salisbury nicht angegeben, als er diese Angelegenheiten auf dem Lordmayors-Banket zur Sprache brachte, aber vielleicht unterschätzt Lord Salisbury die Wichtigkeit der Besorgung an der Küste von Zanzibar. Der Engländer Cameron hat bereits Schritte gethan, um den Sclavenhändlern den Weg von dem Nyassasee nach der Küste zu verlegen, also gerade das zu thun, wogegen sich Lord Salisbury im englischen Oberhause auf das Entschiedenste verwahrt. Denn ob England und Deutschland zusammenwirken, um den Sclavenhändlern bei ihrem Geschäftsbetrieb auch zu Lande Hindernisse zu bereiten, oder ob beide Mächte das auf eigene Hand thun, kommt in den Rückwirkungen, welche sich für das Verhältniß beider Nationen zu den Sclavenhändlern ergeben, auf Eins heraus. Der Engländer, welcher sich an dem Cameron'schen Unternehmen betheiligt, ist den Arabern nicht minder verhaßt, wie der Deutsche, welcher sie beim Sclavenhandel abzufassen strebt und ihnen den Preis ihrer Thätigkeit entzieht. Durch die Zustimmung zu dem deutschen Vorschlage, die ostafrikanische Küste zu blockiren, hat England auf die Möglichkeit verzichtet, in der Meinung der arabischen Sclavenhändler eine andere Stufe einzunehmen als die Deutschen. Deutschland bedarf Englands nicht, um seine Stellung in Ostafrika zu behaupten, beziehungsweise wieder zu erlangen, so weit sie verloren ist, aber England war es seinem Rufe als Vorkämpfer bei der Unterdrückung des Sclavenhandels schuldig, den Vorschlag der deutschen Regierung wegen Blockade der ostafrikanischen Küste anzunehmen.

Leipzig, 22. November.

* Die deutsche Polarcommission hat, um die Herausgabe eines, die Ergebnisse der deutschen Expeditionen im Systeme der internationalen Polarforschung in gemeinfaßlicher Weise darlegenden und einige naturhistorische Monographien enthaltenden Werkes unternehmen zu können, die Reichsregierung um die Bewilligung einer Summe von 12 000 ℳ ersucht. Bekanntlich sind schon einmal für die Publicationen dieser Commission, die in zwei Bänden: „Die internationale Polarforschung 1882/83, Band I. Kingua-Fjord; Band II. Süd-Georgia" erschienen sind, 65 000 ℳ bewilligt worden. Diese Summe ist durch die genannten Veröffentlichungen verbraucht worden. Nun hat sich aber nach einer genaueren Sichtung des durch die deutschen Expeditionen gesammelten Materials herausgestellt, daß das letztere viel umfangreicher ist, als früher angenommen wurde. Unter Anderm ist das Material auf dem Gebiete der beschreibenden Naturwissenschaften so umfassend, daß, obgleich während der seit der Rückkehr der Expeditionen verflossenen Jahre die verschiedensten Gelehrten beständig an der Bearbeitung desselben thätig gewesen sind, es erst jetzt möglich ist, die Vollendung der Bearbeitung des gesammten Materials zu constatiren. Der deutschen Polarcommission ist es nun erforderlich erschienen, daß sowohl die Forschungen auf diesem Gebiete als auch eine, wenn auch nur allgemein orientirende, gemeinfaßlich gehaltene Darlegung der Ergebnisse der deutschen Expeditionen, namentlich auf dem erdmagnetischen Gebiete, dem gebildeten Publicum nicht vorenthalten bleiben und hat zu diesem Zwecke die Herausgabe zweier neuer Bände mit zahlreichen Illustrationen und Karten ins Auge gefaßt. Die bei der Reichsregierung zu diesem Zwecke nachgesuchte Summe dürfte voraussichtlich in den Etat pro 1889/90 eingestellt sein.

* In Nordhausen haben sich die fortschrittlichen Wähler über ihre Niederlage damit zu trösten gesucht, daß sie ihre beiden durchgefallenen Candidaten, die Herren Traeger und Lerche, zu einem Commerse einluden. Herr Traeger besprach die Niederlage, wie das „Berliner Tageblatt" sich in seinem Reporterstil ausdrückt, „in der ihm eigenen geistund humorvollen Weise" — es wird wohl Galgenhumor gewesen sein. Uns hat besonders eine Wendung in der Rede erheitert: „Was wir in der Volksvertretung zu sagen haben", meinte Herr Traeger, „und was täglich gesagt werden muß, das kann von 20 Mann, die von Muth und Ueberzeugungstreue beseelt sind und die das Herz auf dem rechten Flecke haben, ebenso gut gesagt werden wie früher von 40." — Für den Zweck genügte zur Noth doch auch Herr Eugen Richter allein; das nächste Mal könnten also die Wähler, nachdem sie schon Herrn Traeger mit seiner Laute heimgeschickt haben, statt der übrigen Achtundzwanzig zu Abgeordnete in das Haus schicken, die sich lieber nützlich machen wollen.

* Wie bekannt, ist ein Nachdrucks-Proceß gegen die „Freisinnige Zeitung" wegen Nachdrucks aus Kaiser Friedrich's Tagebuch in einer Sonder-Ausgabe angestrengt worden. Die „Freisinnige Zeitung" theilt jetzt mit, daß der Proceß im Namen Sr. Majestät des Kaisers angestrengt worden ist, daß die Beschlagnahme der Sonder-Ausgabe wegen Nachdrucks vorläufig aufrecht erhalten worden ist, Vernehmungen stattgefunden haben und die Voruntersuchung wegen Nachdrucks eröffnet worden ist. Die „Freisinnige Zeitung" bemerkt gleichzeitig, der Proceß könne nicht entschieden werden, ohne die Entscheidung der Frage, wer der Rechtsnachfolger des Kaisers Friedrich in Bezug auf das Eigenthumsrecht an dem Tagebuche ist. Hier handele es sich u. A. insbesondere um die Frage, ob Se. Majestät der Kaiser durch Erbschaft Eigenthümer des Tagebuches geworden ist, oder ob dieses Eigenthumsrecht Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich zusteht, insbesondere auch auf Grund einer vor dem Tode erfolgten Uebertragung dieses Rechts.

* Ueber ein erneutes Schreiben des Kaisers an den Oberbürgermeister von Forckenbeck sind, so schreibt die „National-Zeitung", verschiedene Lesarten im Umlauf, von einer Seite wird überhaupt bestritten, daß der Kaiser ein solches Schreiben an Herrn von Forckenbeck gerichtet habe. Eine andere Lesart geht dahin, daß der Kaiser ein Schreiben an den Cultusminister von Goßler, von dem die Anregung zum Bezahlbrunnen mit ausging, gerichtet habe; Herr von Goßler habe dieses kaiserliche Schreiben an den Oberbürgermeister von Forckenbeck in einer Abschrift gesandt und gleichzeitig mit demselben ein von ihm (Goßler) herrührendes Dankschreiben. Wie weit diese Lesart richtig ist, entzieht sich der Beurtheilung, da von dem Magistrat über die Angelegenheit Schweigen beobachtet wird, das wohl bei der nächsten Stadtverordnetenversammlung seine Aufklärung finden wird.

* Aus Braunschweig wird der „Kölnischen Zeitung" zur Lage geschrieben:

Glücklich ist die Regierungsvorlage wegen Bewilligung von außerordentlichen Mitteln für Bauten in den Residenzschlössern und Beschaffung von Inventar noch erster Berathung mit 31 gegen 13 Stimmen angenommen worden. Die Minderheit war, abgesehen von einigen Stimmen, nicht gegen die ganze Vorlage, sondern wollte nur einen Abstrich vornehmen, der die Anforderungen auf etwa die Hälfte verringert hätte. Die Verhandlungen hatten ein hohes Interesse durch die Art und Weise, in welcher das Ministerium für die Vorlage eintrat. Ein überaus dringlicher Ton ging durch die Reden am Ministertisch. Es wurde angedeutet, daß langwierige und schwierige Verhandlungen vorangegangen sind, ehe die jetzige Vorlage zu Stande kam. Es wurde bestätigt, daß die ursprünglichen Forderungen bedeutend höher gewesen sind, und es kann dem Ministerium nur als Verdienst angerechnet werden, daß es ihm gelungen ist, einen Mittelweg auf dem Boden einer Vorlage zu gewinnen, die einerseits die berechtigten Ansprüche der Hofhaltung befriedige, anderseits auf Genehmigung im Landtage rechnen konnte. Daß bei einer etwaigen Ablehnung der Vorlage eine schwere Krisis zu erwarten war, ging aus den Aeußerungen der Minister hervor, wenn man auch das im Publicum verbreitete Gerücht für übertrieben halten muß, daß in diesem Falle Prinz Albrecht von der Regentschaft zurücktreten werde. Minister Otto sagte: „Es sind wahrhaftig nicht kleine Gründe, und denen die Sache entschieden werden muß, sie liegen auf höherem Gebiete, sie sind politischer Natur." .... „Die Sache ist ganz außergewöhnlich, das Ministerium hat unter schwierigen Verhältnissen gestanden, ich darf mich darauf nicht näher einlassen. Wir bringen hier in der Vorlage das Ergebniß langer Verhandlungen, die seit 1½ Jahren die Zeit und die Kräfte des Ministeriums in Anspruch genommen haben. Wir müssen in der Sache zu Ende kommen, nehmen Sie die Regierungsvorlage an, so sind wir zu Ende — thun Sie es nicht, ich weiß nicht, was werden wird — jedenfalls nichts Gutes." — Diese eindringliche Ermahnung trug denn auch wohl dazu bei, daß die Minderheit kleiner war, als man nach den gehaltenen Reden erwarten sollte. Mit dieser Vorlage, die wieder ein Capital von 450 000 ℳ und einen Dispositionsfonds von 350 000 ℳ gewährt, sind denn auch, wie das Ministerium ausführte, die derartigen Anforderungen abgeschlossen; hoffentlich beginnt jetzt auch die Missstimmung zu schwinden, welche manche Vorgänge der letzten Zeit im Lande erregt haben.

* Die württembergische Kammer der Abgeordneten ist am Dienstag von dem Präsidenten v. Hohl mit einer Rede eröffnet worden, in welcher er dem Wunsche Ausdruck gab, daß das deutsche Vaterland auch unter der Regierung Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm glücklichen Zeiten entgegen gehen möge. Die schönen Tage des Besuches des Kaisers und die frohe Kunde von dem Wohlbefinden des geliebten Königs führten das Jahr, nach dessen Beginn das Geschick schwer auf uns gelastet, zu einem freundlichen und hoffnungsvollen Abschluß.

* * *

* Der Wehrausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses nahm die auf die Einjährig-Freiwilligen bezüglichen Paragraphen 24 und 25 des neuen Wehrgesetzes unverändert mit allen gegen eine Stimme an. — Die Abreise des Erzherzogs Franz Ferdinand von Este nach Berlin zur Theilnahme an den Hofjagden in Letzlingen war auf Mittwoch Abend festgesetzt.

* Die russische Presse sucht selbstverständlich die Bedeutung der russischen Truppenverschiebungen möglichst herabzudrücken. Etwas Anderes war auch kaum zu erwarten. Seltsam nimmt es sich aber aus, daß man auf der einen Seite die Truppenverschiebungen als ganz harmlose darzustellen sucht, wobei sich, um nur ein Beispiel anzuführen, die „Mosk. Wjedomosti" soweit versteigt, dieselben als eine Bekräftigung der russischen Friedensliebe zu bezeichnen, während auf der anderen Seite die militärischen Maßnahmen als die Folge der von den Nachbaren getroffenen Verfügungen dargestellt werden. Was sieht, daß es die russischen Blätter mit der Logik nicht sonderlich genau nehmen. — Die französische Presse folgt fast auf der ganzen Linie der Parole, die russischen Truppenverschiebungen als ganz ordnungsgemäße darzustellen, die bei Niemandem Beunruhigung oder Mißtrauen erwecken können. Dabei wird in Frankreich neuestens kein Anlaß unbenutzt gelassen, der zu Freundschaftsdemonstrationen für Rußland benutzt werden könnte. Wie der „Kreuzzeitung" aus Paris berichtet wird, sind besonders jene Kundgebungen für Rußland bemerkt worden, von welchen der seitens der in Frankreich anwesenden russischen Großfürsten mit dem Präsidenten der Republik dieser Tage unternommene Jagdausflug begleitet gewesen ist.

* Die belgischen Socialdemokraten sind, wie ihre Gesinnungsgenossen anderwärts, nur sehr laue Patrioten, begen aber dafür — und auch hierin ähneln sie den wahlverwandten Richtungen anderer Länder — eine desto leidenschaftlichere Schwärmerei für Frankreich. Am Sonntag fand in Brüssel oder unweit davon eine socialdemokratische Versammlung statt, in welcher, wie berichtet wird, offener Umsturz gepredigt und unter dem Rufe: „Es lebe Frankreich!" die französische Fahne entfaltet wurde. Es ist leicht einzusehen, wohin solche Demonstrationen zielen. Sollen dieselben einen in den Augen ihrer Veranstalter vernünftigen Sinn haben, so können sie schwerlich an die Adresse der jetzigen französischen Machthaber gerichtet sein. Denn die in Frankreich bestehende Regierungsform, wie weit sie auch schon auf dem verhängnißvollen Abhang, der schließlich unabwendbar zum Sturze in das anarchische Chaos führen muß, gekommen sein mag, ist doch, äußerlich wenigstens, immerhin noch das Organ der öffentlichen Ordnung und der Ausdruck der Gesetzlichkeit — letzteres allerdings nicht mehr, wenn deutsche Reichsangehörige in Betracht kommen. Liest und hört man dagegen die Auslassungen der anarchistischen Hetzer aller Orten, so herrscht in Frankreich einstweilen nur die Bourgeoisie, wenn auch ihr Untergang so gut wie besiegelt ist, und auf die Zeit nach dem Bankerott des Bourgeoisregiments, nicht auf die Zeit vorher, ist das Sinnen und Trachten aller Umsturzparteien außerhalb Frankreichs gerichtet. Was speciell die belgischen Aufwiegler betrifft, so würden sie die Neutralität ihres Heimathlandes einem sansculottischen Frankreich lieber heute wie morgen zu Füßen legen, in der nicht ausgesprochenen, weil selbstverständlichen Erwartung, daß man sie an dem unter dem Zeichen der anarchistischen Revolution zu unternehmenden Raubzuge gegen die bestehenden Classen der europäischen Culturstaaten pro rata parte betheiligen werde. Angesichts der bedrohlichen Stimmungssymptome des niederen Volkes sollte es den leitenden Gesellschaftsclassen Belgiens eigentlich nicht länger zweifelhaft sein, welcher Politik sie sich zuzuwenden haben. Das Kokettiren zwischen belgischen und französischen Anarchisten deutet genugsam an, von wo der Neutralität des Landes in der That Gefahren drohen und könnte der Kammermehrheit vielleicht zu der Erkenntniß verhelfen, daß die Verhaltungslinie, auf welche der König unlängst in der von uns mitgetheilten Gelegenheitsansprache hingewiesen, diejenige ist, in deren Verfolg die Interessen Belgiens noch am sichersten gewahrt sein dürften. Wir sagen vielleicht, weil bei dem auch in den höheren Ständen der belgischen Gesellschaft betriebenen kritiklosen Franzosencultus es sehr zweifelhaft ist, ob den parlamentarischen Volksberathern noch rechtzeitig die Augen aufgehen.

* Der ehemalige französische Finanzminister Raynal übersandte an Numa Gilly einen Brief, in welchem er denselben um Erklärungen ersucht, über die Angabe, daß 14 Millionen Francs an Mitglieder des Parlaments, anläßlich der Uebereinkunft mit den Eisenbahngesellschaften, vertheilt worden seien; er fordert ihn auf, zu erklären, ob auch er darunter gemeint sei; widrigenfalls würde er Genugthuung durch Waffen fordern. Raynal bestimmte zu Zeugen Jules Roche und Martin Feuillée, welche sich Vormittag zu Gilly begaben, der jedoch erst Abends aus Nimes zurückerwartet wird. — Die Deputirtenkammer berieth das Budget für die Colonien ohne Zwischenfall. Bei der Berathung bespricht der frühere Generalgouverneur von Indo-China, Constans, den in Rede stehenden Credit von 15 Millionen für Tonkin und weist nach, daß der Effectivbestand an Besatzungstruppen, der gegenwärtig die Höhe von 14 000 Mann aufweise, vermindert werden könne. Die Besatzung von Cochinchina sei unnöthig. Die Besetzung der offenen Häfen würde für Annam und für Tonkin ausreichen. Viele Posten könnten aufgehoben werden;